



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/14 - 17. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

In Abwehr kommunistischer Unterwanderung	S. 1
Reform des italienischen Beamtengesetzes	S. 3
Meinungslenkung durch die Ministerialbürokratie	S. 5
Verhöhnung der Kriegspfer	S. 7

Vorbeugen und wachsam sein

sp. Das ebenso Überraschende wie entschiedene Vorgehen der Leitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden gegen die seit langem systematisch betriebene Unterwanderung dieser Gewerkschaft durch Beauftragte der Kommunistischen Partei hat beträchtliches Aufsehen erregt. Die Begründung für diese Massnahme fusst auf der Feststellung, dass seit langem gegen Satzungsbestimmungen und Beschlüsse der zuständigen Gewerkschaftsgremien in den jetzt aufgelösten Organisationsteilen verstossen worden sei, in erster Linie soweit sie sich auf das Verbot von Kontakten mit den unfreien Gewerkschaften in der Sowjetzone und deren Organen bezogen.

Ausdrücklich wird erklärt, dass die Mitgliedschaft in der - ja nicht verbotenen-KP keinerlei Benachteiligung für irgendein Mitglied oder irgendeinen Funktionär der Gewerkschaft mit sich bringe. Aber es wird nachgewiesen, dass von aussen her, d.h. von der zentralen Leitung der KP, immer wieder versucht worden ist, in die Politik der Gewerkschaft im Sinne spezifisch kommunistischer Vorstellungen einzugreifen, die überparteiliche Gewerkschaft also in unerlaubter Weise parteipolitisch zu beeinflussen und zu lenken. Dies geschah ausserdem offenkundig mit Mitteln, die wohl nach sowjetzonalen, keineswegs aber nach westlichem Sprachgebrauch als demokratisch bezeichnet werden können. Vorstände und hauptamtliche Angestellte hätten sich aber, von Ausnahmen abgesehen, nach der Darstellung der IG-Bau-Steine-Erden, nicht gegen dieses Tun der Kommunistischen Partei gewehrt, im Gegenteil, sie hätten eine parteipolitische Parole nach der anderen, oft wortgetreu, in die Gewerkschaftsarbeit hineingetragen. Sie hätten geduldet und

mitgeholfen, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit in ihren Verantwortungsbereichen zu untergraben. Dieser Sachverhalt habe dann zum Eingreifen der übergeordneten Stelle geführt.

Noch liegt das ganze Material, das die Leitung der IG Bau-Steine-Erden zu ihrem drastischen Schritt veranlasst hat, nicht vor. Erst wenn das der Fall ist, wird man genauer sehen, ob es sich dabei sozusagen um eine Art Kollektivnassnahme gehandelt hat. Das wäre nicht ohne Bedenken.

Der Kampf gegen den antidemokratischen und totalitären Kommunismus, zu dem sich die SPD, zuletzt durch den Mund ihres Vorsitzenden im Bundestag, immer ohne Einschränkung bekannt hat, schliesst die Kenntnis der Mittel und Praktiken dieses Gegners ein und auch die Fähigkeit, sich im Abwehrkampf auf sie einzustellen. Eine der wirksamsten und gefährlichsten Methoden des totalitären Kommunismus - wie jeder Diktaturbewegung - war immer die Nutzbarmachung demokratischer Grundsätze und Einrichtungen für die eigenen freiheitsfeindlichen Ziele. Äusserste Vorsicht wird deshalb immer notwendig sein. Im übrigen ist es Sache der Gewerkschaften selbst, in ihrem Bereich die erforderliche Wachsamkeit gegenüber allen Kräften aufzubringen, deren Ziel es ist, die freien Gewerkschaften zu schwächen und letzten Endes, wenn es möglich wäre, zu zerstören.

Wenn die Vorgänge vom 16. Januar von interessierter Seite dazu benutzt werden, den Eindruck zu erwecken, als handele es sich hier um ein typisches Beispiel, an welchem die Stärke der schon vollzogenen kommunistischen Infiltration in der Bundesrepublik zu erkennen sei, so ist das irreführend - trotz jener vielzitierten Betriebsratswahl in Dortmund und dieses oder jenen kleineren Ereignisses mit ähnlicher Tendenz. Obwohl die Kommunisten sich, seitdem sie auf der parlamentarischen Ebene in Bund und in allen Ländern praktisch zur politischen Wirkungslosigkeit verurteilt sind, nach eigenem Zugeständnis intensiv auf die Arbeit in den Betrieben konzentrieren, sind ihre Erfolge auf diesem Gebiet, aufs Ganze gesehen, gering geblieben. Ihre Stellung wird weiterhin schwach sein, wenn man zweierlei gleichzeitig tut: den antidemokratischen Kommunismus scharf im Auge zu behalten und ihn mit allen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln zu bekämpfen, sowie in der Bundesrepublik selbst eine einfallreiche und grosszügige Sozialpolitik zu betreiben, die der kommunistischen Agitation den Wind aus den Segeln nimmt.

Segni gewann ein Rennen

PE-Rom, Mitte Januar

Für die italienischen Staatsbeamten waren bisher vielfach noch Vorschriften in Geltung, die aus der Zeit des piemontesischen Königreichs stammten. Statt einer organischen Gesamtreform hat man immer wieder da und dort mit Einzelbestimmungen herumgebastelt, mit dem Ergebnis, dass sich der Beamte schliesslich in ein unendlich kompliziertes Netz von grossenteils veralteten, praktisch undurchführbaren und teilweise miteinander im Widerspruch stehenden Vorschriften eingesponnen fand. Das Funktionieren des ganzen Staatsapparates wurde hierdurch immer anachronistischer und lebensfremder, die Kluft des Misstrauens, die den Beamten vom einfachen Bürger trennte, immer tiefer.

Noch unter der Ministerpräsidentschaft Mario Scelbas erkannte die Regierung, dass dies so nicht weitergehe und dass die Gesamtreform der Beamtengesetze nunmehr unaufschiebbar geworden sei. Zugleich aber war man sich darüber im klaren, wie schwierig, wenn nicht geradezu unmöglich es sein werde, einen so verwickelten, in vielen Punkten unstrittenen Komplex von Bestimmungen auf normalen parlamentarischen Weg zu verabschieden. Dies musste unweigerlich zu endlosen Debatten in beiden Kammern führen, die normale gesetzgeberische Arbeit auf viele Monate lahmlegen und überdies der Opposition von rechts und links willkommenen Stoff zu demagogischen Reden liefern.

So entschloss sich die Regierung damals, vor mehr als zwei Jahren, vor Parlament ein Ermächtigungsgesetz zu fordern, das es ihr gestatten sollte, die neue Beamtensordnung auf Grund bestimmter, im voraus festgelegter Richtlinien auszuarbeiten und nach ihrer Billigung durch einen parlamentarischen Kontrollausschuss auf dem Verordnungswege in Kraft zu setzen. Tatsächlich brachte Scelba dann nach allerlei parlamentarischen Kämpfen dieses Ermächtigungsgesetz, die sogenannte "legge delega", unter Dach, deren Geltungsdauer jedoch mit zwei Jahren begrenzt war.

Der seither eingetretene Regierungswechsel, die Kompliziertheit der zu bearbeitenden Materie, die Fülle der Aufgaben, denen sich die Regierung Segni gleich nach ihrem Amtsantritt gegenüber sah - das alles bewirkte, dass der Text der neuen Beamtengesetze erst knapp vor dem Ende des Jahres 1955 fertig wurde. Da dieser Text nun noch von dem parlamentarischen Kontrollausschuss Punkt für Punkt durchberaten werden

musste, zeichnete sich immer deutlicher die Gefahr ab, dass die zweijährige Frist des Ermächtigungsgesetzes, die am 10. Januar 1956 ablief, ungenützt verstreichen werde.

Die Regierung hatte von allen Anfang an damit gerechnet, dass die Neufassung der Besoldungs- und Pensionsbestimmungen nicht ohne erhebliche finanzielle Mehrleistungen des Staates abgehen werde. Ursprünglich waren hierfür insgesamt 160 Milliarden Lire im Jahr vorgesehen, um die die Beamtenbezüge erhöht werden sollten. Im Laufe der Verhandlungen mit den Gewerkschaftern im parlamentarischen Ausschuss musste dieser Betrag immer weiter erhöht werden, bis man schliesslich bei 250 Milliarden Lire angelangt war.

Als auch diese Summe für unzulänglich befunden wurde, riss der Regierung die Geduld und sie erklärte kategorisch, sie werde darüber hinaus nicht eine einzige Lira mehr bewilligen. Komme auf dieser Basis keine Einigung zustande, so werde man eben den Termin des Ermächtigungsgesetzes ungenützt verstreichen lassen und die ganze Angelegenheit auf den Weg der ordentlichen parlamentarischen Verabschiedung verweisen. Dies aber musste soviel bedeuten wie eine Vertagung der Reform auf unbestimmte Zeiten.

Angesichts dieser Haltung der Regierung gaben die Beamtenvertreter in letzter Stunde doch nach, und so gewann Segni sein Rennen: Die grosse Reform konnte am späten Nachmittag des Tages, mit dessen Ende das Ermächtigungsgesetz abgelaufen wäre, in ihre endgültige Form gebracht und dem Staatspräsidenten Gronchi zur Unterschrift vorgelegt werden. Sie enthielt eine radikale Neuordnung der rechtlichen Stellung der Beamtenschaft, der Dienstpragmatik und des gesamten Besoldungs- und Pensionsschemas.

Nach dem einstimmigen Urteil aller Beteiligten kommt das Hauptverdienst an dem Gelingen dieses bedeutenden Erneuerungswerkes dem Ministerpräsidenten Segni persönlich zu. Er erwies sich bei dieser Gelegenheit als hervorragender Unterhändler und verstand es, durch eine seltene Mischung von Verbindlichkeit, Ruhe, Geduld und Energie alle Schwierigkeiten des Problems Schritt für Schritt zu überwinden.

Nach der vor kurzem vollendeten Schaffung des Verfassungsgerichtshofes und der Verabschiedung der neuen Steuergesetze - beides Fragen, die unter Scelba unlösbar schienen - stellt die Beamtenreform einen weiteren, wesentlichen Erfolg Segnis dar, der voraussichtlich sein Ansehen im Parlament und im Lande noch erheblich steigern dürfte.

Das Innenministerium und der "politische Still"

sp.- Der Abgeordnete Dr. Adolf Arnät hat in seiner Rede auf dem Kölner Kongress der SPD davon berichtet, dass von seiten des Bundesinnenministeriums dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund alle Zuschüsse aus Mitteln des Bundesjugendplans vorerst gesperrt worden sind. Dies geschah mit der Begründung, der SPD-Pressedienst habe in seiner Kritik vom 29. August 1955 an der Verteilung der für die Förderung der Studentenschaft verfügbaren Mittel die wesentliche Tatsache verschwiegen, dass der Sozialistische Deutsche Studentenbund Mittel aus dem Bundesjugendplan erhalte. Ausserdem wandte sich das Innenministerium gegen einen Aufsatz des bisherigen Bundesvorsitzenden des SDS, Ulrich Lohmar, der sich sehr kritisch mit der Politik des Kanzlers und der Haltung der Mehrheit des Bundestages dazu befasste. Von beiden Äusserungen soll sich, so verlangt es das Innenministerium, der Sozialistische Deutsche Studentenbund distanzieren; erst dann könne ein Zuschuss für seine Arbeit wieder gewährt werden.

Wir haben es hier mit einem handfesten Versuch der Meinungslenkung zu tun, und Dr. Arnät hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Entscheidung des Innenministeriums um eine Annäherung der Ministerialbürokratie handelt. Die seinerzeit vom SPD-Pressedienst veröffentlichte Kritik an der Verteilungspolitik des Innenministeriums stützte sich auf Angaben, die von allen anderen politischen Studentenverbänden seit langem bestätigt worden sind. Warum wir die Mittelverteilung anders bewerten als das Innenministerium, dafür wurden damals eine Reihe überzeugender Gründe angeführt.

Statt sich nun mit dieser Kritik ernsthaft zu beschäftigen, verbat sich das Ministerium einfach eine Kritik seiner Arbeit und unterstrich diesen seinen Standpunkt nachdrücklich mit der Sperrung von Zuschüssen. Dabei handelte es sich ganz klar um eine Aktion der Bürokratie gegen die Freiheit der politischen Organisationen schlechthin. Der Geist, von dem solche Bestrafungen bestimmt sind, wird auch an einer anderen Tatsache deutlich. Das Innenministerium verlangt seit einiger Zeit Berichte über alle Tagungen, die von irgendwelchen Verbänden mit Zuschüssen aus seinen Mitteln durchgeführt werden. Das klingt harmlos. Aber wenn beispielsweise studentische Verbände ihre Delegiertenkonferenzen durchführen, so sind sie gehalten, darüber einen Bericht zu schreiben, einschliesslich der

dort geführten Diskussionen. Freigewählte Gremien politischer Organisationen werden auf diese Weise gezwungen, dem Ministerium weitgehenden Einblick in die interne Meinungsbildung zu geben. Das ist nichts anderes als eine staatliche Aufsicht, mit mehr oder weniger subtilen Mitteln ausgeübt.

Ebenso unbegründet ist das Verlangen des Innenministeriums, der Sozialistische Deutsche Studentenbund möge sich von dem gegen die Politik des Kanzlers gerichteten Aufsatz seines bisherigen Vorsitzenden distanzieren. In diesem Aufsatz ging es keineswegs um eine persönliche Herabsetzung des Bundeskanzlers. Gegenstand der Erörterung waren Adenauers außen- und militärpolitische Vorstellungen. Man kann darin nicht einen Angriff gegen das Parlament als solches sehen. Selbst scharfe Kritik an der Haltung der Mehrheit des Parlaments in einer für unser Volk entscheidenden Frage hat nichts zu tun mit der selbstverständlichen Anerkennung und Achtung, die dem Parlament als Institution gebührt. Über diese Grundhaltung des in Frage stehenden Aufsatzes ist das Innenministerium unterrichtet.

Trotzdem hat es sich bisher nicht zu einer Überprüfung seiner Entscheidung bereit gefunden. Offenbar geht es den zuständigen Beamten darum, ein Exempel zu statuieren und eindeutig klarzumachen, dass Kritik an ministeriellen Entscheidungen oder an der Regierungspolitik unerwünscht ist. Sich dabei auf die vermeintliche Aufgabe des Ministeriums berufen, über die Einhaltung des "politischen Stils" wachen zu müssen, ist fadenscheinig und zeigt zugleich die manchen Ministerialbeamten eigene Überheblichkeit. Freie, demokratische politische Organisationen sind nicht dazu da, irgendwelche Beamten zu gefallen oder ihnen Rechenschaft über ihre Arbeit zu geben.

Es ist selbstverständlich, dass der Sozialistische Deutsche Studentenbund sich diesen Versuchen einer Meinungslenkung entschieden widersetzt. Es geht hier nicht in erster Linie um die Frage, ob der Sozialistische Deutsche Studentenbund für seine Arbeit weiterhin Zuschüsse erhält oder nicht. Wir drängen vielmehr auf eine eindeutige und schnelle Klärung der Frage, ob die Bundesregierung gewillt ist, eine solche Politik der unverhüllten Meinungslenkung zu billigen, ob sie es für vertretbar hält, wenn die Ministerialbürokratie sich zu einem Widerpart der freien politischen Kräfte entwickelt. Der Bundesinnenminister wäre gut beraten, wenn er die entstandenen Zweifel beseitigen und die Folgerungen ziehen würde, die in einem demokratischen Gemeinwesen aus einem solchen Vorfall gezogen werden müssen. + + + - 7 -

"Der Dank des Vaterlandes"

FB. Auf einer der letzten grossen Tagung der Kriegsofferverbände in Bad Godesberg hat der Bundestagsabgeordnete der Deutschen Partei, Schneider, kürzlich den versammelten Kriegsoffern mit Pathos zugerufen:

"Man muss sich den Dank des Vaterlandes auch etwas kosten lassen."

In Haushaltsausschuss haben die Koalitionsparteien in einer Abstimmung mit zwölf gegen acht sozialdemokratischen Stimmen demonstriert, wieviel dieser Dank des Vaterlandes tatsächlich kosten soll, nämlich ganze 180 Mio. DM. Das ist ein Betrag, der im Hinblick auf die Notlage der Kriegsoffern und unter Berücksichtigung, dass daraus keine Erhöhung der so eminent wichtigen Grundrenten möglich ist, als Verhöhnung der Kriegsoffern bezeichnet werden muss.

Der Kampf um die Verbesserung der Kriegsofferrrenten geht schon seit Monaten. Als erste Fraktion hatte die sozialdemokratische einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Erhöhung der Grundrenten im Schnitt um 25 % und der Ausgleichsrenten um 35 % vorsah. Ferner sollten die Renten für die Witwen, Waisen und alten Kriegereltern erheblich verbessert werden. Dieser Gesetzentwurf würde einen Kostenaufwand von rund 900 Mio. DM erfordern.

Erst nachdem dieser Gesetzentwurf vorlag, hat die Bundesregierung ihrerseits eine Novelle eingereicht, die im Grunde genommen in der Kriegsofferversorgung nur einige der schwersten sozialen Härten beseitigte. Die Koalitionsvertreter haben zwar hier und da einige Schönheitsreparaturen vorgenommen, aber für den überwiegenden Teil der Kriegsoffern tritt keine Verbesserung ihrer bedrückenden materiellen Lage ein. Die unzulängliche Erhöhung nur der Ausgleichsrenten bedeutet nämlich, dass fast 90 Prozent der Kriegsoffern von Rentenerhöhungen ausgeschlossen werden, weil nur 18 Prozent Ausgleichsrente und wiederum nur 8 Prozent davon die volle Ausgleichsrente erhalten. Wenn man die sogenannte Anrechnungsfähigkeit des sonstigen Arbeitsverdienstes

berücksichtigt, dann kommen nur rund zehn Prozent der Kriegsoffer tatsächlich in den Genuss von Rentenerhöhungen.

Fragt man, warum der "Dank des Vaterlandes" so beschämend niedrig ausfallen soll, dann erhält man die übliche Antwort: Die Mittel hierfür sind nicht vorhanden. Niemand hat aber ernsthaft im Haushaltsausschuss des Bundestages den sozialdemokratischen Deckungsvorschlag anzweifeln können, der davon ausgeht, dass allein im Haushaltsjahr 1955 Steuernehreingänge in Höhe von rund einer Milliarde DM zu erwarten sind. Dieses Geld könnte nicht besser verwendet werden, als die Renten der Kriegsoffer an die gesunkene Kaufkraft des Geldes anzupassen.

Die SPD wird im Bundestag den Kampf um ihre Gesetzentwürfe, die im Kernstück die Erhöhung der Grundrenten vorsehen, fortsetzen. Die Koalition und die Bundesregierung werden dann in aller Öffentlichkeit zeigen müssen, ob der "Dank des Vaterlandes" nur in Feiertagsreden oder auch in Mark und Pfennig abgestattet werden soll.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau